

nachrichten

Blindgänger fordern immer noch Opfer

Mitte Oktober 2004 wurden in der Provinz Xieng Khouang neun Leute von Blindgängern getötet und vier weitere verletzt, was dieses Jahr die größte Anzahl von Opfern war. Die nordöstliche Provinz Xieng Khouang grenzt an Vietnam und ist noch immer stark von nicht explodierten Sprengkörpern verseucht. Sieben der Opfer starben, als ein Mann vor seinem Haus einen Baum fällte und dabei versehentlich einen Blindgänger traf, der unter der Erde lag. Die Explosion tötete auch sechs Kinder, die in der Nähe spielten. Zwei weitere Jungen wurden getötet, als sie Kühe auf die Weide brachten. Yoikhom, der Vater eines Opfers erzählt: »Seit Juni habe ich elf Blindgänger markiert und warte nun darauf, dass die Behörde sie abholt, aber nichts passiert, statt dessen ist mein Sohn verletzt worden.« Wenn es nicht genügend Reis gibt, dehnen die Farmer ihre Anbauflächen weiter in noch nicht geräumte Gebiete aus. Laut UXO Lao (*Unexploded Ordnance*), einer Minenräum-Organisation, explodieren die meisten der Blindgänger, weil in ihrer Nähe ein Feuer gemacht wird oder weil Kinder damit spielen. Deshalb versucht UXO Lao durch Kampagnen in Dörfern der Provinz Xieng Khouang auf die Gefahr aufmerksam zu machen und Kinder davor zu warnen, die Blindgänger anzufassen.

vgl. *Vientiane Times*, 19.10.2004

Premier ruft zum Handeln gegen Korruption auf

Auf dem jährlichen Finanztreffen am 28. Oktober 2004, nannte Premierminister Bounyang Vorachit in seiner Rede vor über hundert Finanzbeamten Korruption als größtes Hindernis für die Entwicklung des Landes und ermahnte das Finanzministerium entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Vorachit warnte die Finanzbeamten davor, dass Korruption die Bevölkerung ermutige, die Sicherheit des Landes zu destabilisieren.

Daraufhin entgegnete Finanzminister Chansi Phosikham, dass er striktere Maßnahmen im Kampf gegen die Korruption ergreifen werde und sich nicht vor einem entsprechenden Gesetz fürchte. Er versicherte, dass er volle Unterstützung der Regierung und der Partei für seine Methoden erhalte und es keine Patronage mehr im Kampf gegen Korruption geben werde. Zu den Maß-

nahmen gehören auch politische Studien und Inspektionen. Wenn Beamten der Verwicklung in Korruption für schuldig befunden werden, sollen sie gemäß Gesetz bestraft werden. Das Finanzministerium war erst kürzlich unter Beschuss geraten, weil es unfähig war, Steuern einzutreiben, was sich negativ auf die sozioökonomische Entwicklung auswirkte.

Phosikham erwähnte auch, dass die Steuereinnahmen letztes Jahr 90 Prozent der erwarteten Einnahmen erreicht hätten und das Ziel für dieses Jahr bei 99 Prozent liege.

»Trotzdem fehlt dann noch ein Prozent, was 3.000 Milliarden Kip entspricht. Das ist viel Geld«, so Phosikham in einem Interview mit der *Vientiane Times*. Die fehlenden Einnahmen lastet er dem nationalen Tarifsektor an, da Import- und Exportsteuern das Ziel erreicht haben.

Vorachit, ehemaliger Finanzminister, erklärte, dass Korruption die Staatsgewalt schwächt und somit das Ziel der Armutsbekämpfung 2020 gemäß der Partei-Resolution nicht erreicht werden könne.

Außerdem erzeuge Korruption ein negatives Image der Regierung und der Partei, was Auswirkungen auf die Bevölkerung hat, die sich über Korruption beschwert. Der Kampf gegen Korruption sei härter als der Kampf um Unabhängigkeit, da er mehr Opfer und Geduld erfordere, so der Premierminister. Geplant sind Diskussionen, in denen Beamte aus dem ganzen Land Korruption definieren, um entsprechende Maßnahmen planen zu können, um Finanzbeamte an der Korruption zu hindern.

vgl. *Vientiane Times*, 28.10.2004

Mehr Kontrolle für NV

Ein neuer Gesetzentwurf erlaubt der Nationalversammlung, die Aktivitäten der Regierung gründlicher als bisher zu untersuchen. Der Entwurf legt die Rolle und die Rechte der Nationalversammlung fest und erlaubt ihr, den Ständigen Ausschuss der Nationalversammlung, Ministerien und Regierungsbüros, Gerichte und die Staatsanwaltschaft sowie einzelne Beamte zu inspizieren.

Das Gesetz soll die Implementierung der Verfassung, der Gesetze und des sozioökonomischen Entwicklungsplans garantieren und Sicherheit und Fairness in der Gesellschaft stärken. Es besteht aus 56 Artikeln, die im Detail die verschiedenen Funktionen definieren.

Gemäß der laotischen Verfassung ist die Nationalversammlung die gesetzgebende Gewalt, die grundlegende Themen innerhalb des Staates entscheidet. Sie kontrolliert auch die ausführende Gewalt und die Judikative. Artikel sieben des Gesetzesentwurfes definiert als zu kontrollierende Organe den Staatspräsidenten, den Präsidenten und den Vize-

Präsidenten der Nationalversammlung sowie die Mitglieder des Ständigen Ausschusses, den Premierminister und den Vize-Premierminister, alle Minister und Direktoren von staatlichen Organisationen. Das Gesetz schreibt der Nationalversammlung auch die Kontrolle über die Mitglieder aller Gerichte und des Militärgerichts, der Staatsanwaltschaft und der lokalen Administration wie Provinz- und Distrikt-Gouverneure und Bürgermeister zu.

Artikel sechs gewährt, dass die Aufsichtsfunktion öffentlich und korrekt gemäß Gesetz durchgeführt wird. Alle Mitglieder der Nationalversammlung und auch des Ständigen Ausschusses sind verantwortlich für die Kontrolle. Artikel vier erlaubt den Mitgliedern des Parlaments am Staatsmanagement teilzunehmen. Sie haben das Recht, gegen illegale Aktivitäten und negative soziale Erscheinungen wie Korruption und Ignoranz offizieller Aufgaben zu protestieren. Davon erhofft man sich, dass Beamte ihre Verantwortung stärker wahrnehmen.

vgl. *Vientiane Times*, 14.10.2004

Neue

Visaregelung

Ab dem 2. Dezember 2004 brauchen Thailänder und Laoten kein Visum mehr, um ins jeweils andere Land zu reisen. Besucher beider Länder können sich dann bis zu einem Monat im Nachbarland aufhalten. Aufenthalte von mehr als einem Monat erfordern weiterhin Visa. Bisher durften sich Thailänder drei Tage ohne Visa in der laotischen Hauptstadt Vientiane aufhalten, während Laoten sich nur in den Provinzen Nong Khai und Udon Thani in Thailand ohne Visum bewegen konnten. Nach Singapur, Vietnam und Malaysia ist Thailand das vierte Land, dessen Bürger jetzt ohne Visum nach Laos einreisen können. Die Vereinbarung beendete jahrelange Verhandlungen um die Sicherheit in den Grenzgebieten. Die laotische Regierung glaubte, dass eine Serie von Anschlägen auf regierungsfeindliche Bewegungen zurückzuführen sei, deren Mitglieder sich in Thailand aufhalten.

vgl. *The Nation*, 2.11.2004

Wasserkraftwerk geht ans Netz

Das Wasserkraftprojekt Nam Mang drei in der Provinz Vientiane soll Ende des Jahres 2004 ans Netz gehen. Es spielt eine wichtige Rolle für die Landwirtschaft, den Tourismus und die Fischerei. Das Projekt am Khao Khuay Berg im Distrikt Thoulakhom, besteht aus zwei Bewässerungskanälen und kann bis zu 3.000 Hektar Land mit Wasser versorgen. »Zurzeit werden mehr als 1.600 Hektar Land im Distrikt mit Wasser versorgt«, so Projektmanager Saysanith Phounsavath. Im September wurden über 50.000 Fische im Fluss ausgesetzt, um die Nahrungsgrundlage für die Anwoh-

ner zu gewähren, die vom Projekt betroffen sind. Das Projekt soll gleichzeitig den Tourismus in der Region stärken, zu sehen sind schöne Wasserfälle, Natur belassene Flüsse und viele grüne Wälder, wie es sie sonst nur in Bergregionen gibt. Vor dem Bau des Damms waren die Straßen sehr schlecht, so dass nicht viele Touristen die Region besuchten.

Das 63 Millionen US-Dollar teure Projekt soll Energie produzieren und Elektrizität für Vientiane liefern, um die Nachfrage zu erfüllen und die nationale Elektrizitätsversorgung zu unterstützen.

Um das Projekt zu verwirklichen mussten 150 Haushalte umziehen. Sie erhielten laut des Projektberichts eine angemessene Entschädigung. Die Kosten des Projektes werden über einen Kredit der EXIM Bank of China zu 80 Prozent finanziert. Die restlichen 20 Prozent, 12,6 Millionen US-Dollar, übernimmt die staatliche Elektrizitätsgesellschaft. Nam Mang drei besteht aus 82 Quadratkilometern Auffangraum und einem 9,8 Quadratkilometer großen Reservoir mit einem Fassungsvermögen von 60 Millionen Kubikmetern.

vgl. *Vientiane Times*, 21.10.04

Gefängnisstrafen für ausgelieferte Laoten

Am 19. Oktober 2004 verurteilte das Gericht in Champasak die 16 von Thailand ausgelieferten Laoten zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und zwölf Jahren. Die Angeklagten hatten im Jahr 2000 die Grenzstation Vang Tao in der südlichen Provinz Champasak überfallen. Das Gericht beschuldigte sie der Geiselnahme von Beamten und Zivilisten mit Waffengewalt und der Zerstörung von Staatseigentum. Zusätzlich wurden sie des Diebstahls für schuldig befunden, weil sie in ein privates Geschäft eingebrochen und 1,6 Millionen Baht gestohlen hatten.

Acht der Angeklagten wurden als Anführer zu zwölf Jahren Haftstrafe verurteilt. Sechs der Angeklagten wurden als Mitläufer zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, sie wurden ebenfalls der Zerstörung von Privat- und Staatseigentum beschuldigt. Zwei weitere Beteiligte wurden schuldig gesprochen und bekamen Haftstrafen von zwei Jahren und sechs Monaten.

vgl. *www.vientianetimes.com*, 24.10.2004

Freundschaftsbrücke eröffnet

Am 28. Oktober 2004 wurde die zweite Thai-Laotische Freundschaftsbrücke über den Mekong eröffnet. An der Zeremonie nahmen mehr als 20.000 Menschen teil, auch der thailändische Außenminister Surakiart Sathirathai und sein laotisches Gegenüber Somsavath Lengsavath. Die 110-Meter lange Brücke über den Heung Fluss verbindet die thailändische Provinz Loei mit der laotischen Provinz Saignaburi. Die Brücke ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Transportrouten zwischen den zwei Ländern zu verbessern, und um Tourismus, Handel und Investitionen zwischen den

beiden Ländern zu stärken. Die landschaftlich reizvolle thailändische Provinz Loei hat großes Potential ein Touristenziehungspunkt zu werden. Saignaburi auf laotischer Seite könnte ebenfalls zu einer für Touristen attraktiven Region werden, da sie als Tür nach Luang Prabang gilt. Die Stadt gehört zum Weltkulturerbe der UNESCO. Beide Seiten sind sich einig, dass die Brücke eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen mit dem Ziel einer ökonomischen Kooperation zwischen Burma, Thailand und Laos bietet.

vgl. *www.Mcot.org*, 29.10.2004

Zum Bericht der US-Botschaft

Die US-Botschafterin Patricia M. Haslach musste sich für die Weitergabe eines Berichts verantworten, den sie ohne die laotischen Behörden zu benachrichtigen an andere Botschaften und internationale Organisationen in Laos verschickt hatte. Der Bericht warnte vor einer angeblichen Bedrohung des ASEAN-Gipfels Ende November 2004 in Vientiane durch Bombenanschläge. Besonders gefährdet seien die Hauptstadt Vientiane und die

Provinzen Bolikhamsay, Khammuon, Savanakhat und Champasak. Haslach entschuldigte sich für den Bericht und versicherte, dass der gegenseitige Informationsaustausch in Zukunft über die Außenministerien laufen werde. Sie wünschte der laotischen Regierung viel Erfolg für das Treffen.

vgl. *VNA (Vietnamese News Agency)*, 28.10.2004, *Reuters*, 22.10.2004, *AFP*, 21.10.2004

nachrichten

Finanzierung von AIDS-Projekt gefährdet

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Ärzten ohne Grenzen und der Gesundheitsbehörde in der südlichen Provinz Savannaketh wurde auf Ende des Jahres 2004 verschoben. *Ärzte ohne Grenzen* finanziert seit 2003 Medikamente, die das Leben AIDS-Infizierter verlängern. Thierry Dumont, der Verantwortliche des Projektes, bestätigte auf einer Konferenz Ende Oktober, dass das Versorgungsprojekt noch bis 2008 die Medikamente bereitstellen wird, was jedoch danach passiert ist noch nicht geklärt.

Das Ziel von *Ärzte ohne Grenzen* ist, den Behörden Wege und Methoden zu zeigen, mit denen sie weiterarbeiten können. Die Organisation möchte sicher gehen, dass die Behörden in der Lage sind, das Projekt nach 2008 ohne die Unterstützung von *Ärzte ohne Grenzen* weiter zu führen. AIDS-Infizierte, die im Augenblick behandelt werden, fürchten, dass das Projekt danach nicht weitergeht.

Phouthone Southalack, Vize-Direktor des nationalen Komitees zur Kontrolle des AIDS-Büros sagte, dass die Regierung nicht vorhabe, das Medikament herzustellen. Das Problem werde jedoch ernst genommen und es sollen andere Wege gesucht werden, um den Betroffenen zu helfen. Die Behandlung kostet etwa 500 US-Dollar pro Jahr und Person, was ein großes Budget erfordert. Er forderte dazu auf, internationale Geldgeber zu suchen, die das Projekt weiter finanzieren können.

vgl. *Vientiane Times*, 29.10.2004